

09.10.2024 - 14:55 Uhr

Handel unter Freunden ist wichtig: Warum eine Fusion von Nippon Steel und U.S. Steel im Interesse aller NATO-Staaten ist

Berlin (ots) -

In den letzten Monaten hat sich ein erheblicher politischer Widerstand gegen die Übernahme von U.S. Steel durch Nippon Steel formiert. Diese Fusion könnte jedoch nicht nur für die beteiligten Unternehmen, sondern auch für die gesamte NATO und die globalen Handelsbeziehungen von entscheidender Bedeutung sein. Die Politisierung internationaler Handelsabkommen birgt Risiken, die weit über die unmittelbaren wirtschaftlichen Aspekte hinausgehen.

Die Entscheidung über den Zusammenschluss wird zunehmend von politischen Überlegungen geprägt, insbesondere in einem Wahljahr, in dem die Stimmen der Gewerkschaften von großer Bedeutung sind. Gewerkschaften wie die United Steelworkers (USW) haben sich gegen die Fusion ausgesprochen, während nationale Sicherheitsexperten die Vorteile betonen. Diese widersprüchlichen Perspektiven zeigen die Schwierigkeiten, die durch die politische Instrumentalisierung des Committee on Foreign Investment in the United States (CFIUS) entstanden sind. Historisch gesehen war der CFIUS ein überparteiliches Gremium, dessen Aufgabe es war, das nationale Sicherheitsrisiko ausländischer Investitionen zu bewerten. Die aktuelle politische Einmischung könnte jedoch nicht nur die Fusion gefährden, sondern auch die Stabilität und Glaubwürdigkeit der USA auf der internationalen Bühne untergraben.

Die potenziellen wirtschaftlichen Vorteile einer Fusion sind erheblich. Eine starke Zusammenarbeit zwischen U.S. Steel und Nippon Steel könnte dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit im globalen Stahlmarkt zu erhöhen. Insbesondere angesichts der Herausforderungen durch billigeren chinesischen Stahl ist es entscheidend, dass amerikanische Unternehmen strategisch gut positioniert sind, um auf diesen Druck zu reagieren. Die Fusion könnte dazu führen, dass mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und die Innovationskraft gestärkt wird, was letztlich der gesamten US-Wirtschaft zugutekommen würde.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Beziehung zu Japan, einem der größten Investoren in den USA. Die Politisierung der Überprüfung von ausländischen Investitionen könnte langfristig die Beziehungen zu einem unserer engsten Verbündeten belasten. Wenn Japan und andere Verbündete das Gefühl haben, dass ihre Investitionen in den USA unsicher sind, könnte dies zu einem Rückgang ausländischer Direktinvestitionen führen. Dies wäre nicht nur für die amerikanische Wirtschaft schädlich, sondern könnte auch die militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der NATO gefährden.

Die aktuellen politischen Manöver könnten nicht nur die Fusion selbst, sondern auch die zukünftige Bereitschaft ausländischer Investoren beeinträchtigen, in den USA tätig zu werden. Die Argumente der Gegner der Fusion basieren oft auf kurzfristigen politischen Überlegungen, während die langfristigen Folgen einer Isolation der US-Wirtschaft schwerwiegender sein könnten. Ein Rückgang ausländischer Investitionen könnte zu einem Anstieg der Kosten für die amerikanischen Steuerzahler führen, da inländische Unternehmen möglicherweise auf staatliche Unterstützung angewiesen wären, um ihre Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten.

Ein besonders beunruhigender Trend ist die mögliche Verwendung des CFIUS als politisches Werkzeug. Dies könnte gefährliche Präzedenzfälle schaffen, die es zukünftigen Regierungen ermöglichen, ähnliche Entscheidungen zu treffen, um politische Vorteile zu erlangen. Wenn das Vertrauen in die Unabhängigkeit von Regierungsbehörden erodiert, könnte dies auch das Investitionsklima für ausländische Unternehmen verschlechtern. Ein derartiger Verlust an Vertrauen könnte die US-Wirtschaft langfristig destabilisieren und die Innovationskraft behindern.

Darüber hinaus könnte die Ablehnung der Fusion den amerikanischen Fertigungssektor belasten. Die Beschäftigung von Millionen von Amerikanern in Unternehmen, die von ausländischen Direktinvestitionen profitieren, steht auf dem Spiel. Diese Investitionen haben in den letzten Jahrzehnten maßgeblich zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Stärkung der amerikanischen Industrie beigetragen. Ein Rückgang dieser Investitionen könnte die industrielle Basis der USA schwächen und die Abhängigkeit von staatlichen Interventionen erhöhen.

Insgesamt ist es entscheidend, dass die Biden-Regierung und der CFIUS nicht nur die kurzfristigen politischen Vorteile im Blick haben, sondern auch die langfristigen wirtschaftlichen und geopolitischen Folgen ihrer Entscheidungen. Eine Fusion zwischen Nippon Steel und U.S. Steel könnte nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Stahlindustrie stärken, sondern auch die Beziehungen zu wichtigen Verbündeten wie Japan festigen und somit das gesamte NATO-Bündnis stärken.

Die Herausforderung besteht darin, einen ausgewogenen Ansatz zu finden, der sowohl nationale Sicherheitsinteressen als auch die Notwendigkeit, internationale Beziehungen und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern, berücksichtigt. Es ist an der Zeit, die Politisierung des Handels zu beenden und stattdessen die Vorteile eines offenen und kooperativen Handelsumfelds zu erkennen, das letztlich allen NATO-Staaten zugutekommt. Indem wir den Weg für eine Fusion von Nippon Steel und U.S. Steel ebnen, setzen wir ein Zeichen für Vertrauen und Zusammenarbeit - zwei Grundpfeiler einer stabilen und prosperierenden globalen Gemeinschaft.

Pressekontakt:

Fred Roeder
Geschäftsführer

Consumer Choice Center
info@consumerchoicecenter.org

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100097396/100924261> abgerufen werden.